Nr. 117 XXVIII. Jahrgang

Donnerstag, 6. Mai 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 19 5 20, 19 6 38, 13 8 97, 17 1 09. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2069. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise
Grundzeile, 22 mm breit, M. 1.50, für das Ausland M. 2.—. Reklamezeile, 62 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 10.—. Bei Ziffern- oder Nachlaß 50 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenangaben 50 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.5, vierteljährlich M. 13.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 4.75, vierteljährlich M. 14.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.60, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Die Alldänen an der Arbeit

König Christian von Dänemark hat einen schönen Erlaß an das nordschleswigsche Kommando gerichtet, in dem er seine mit der Besetzung der ersten Zone Beauftragten auffordert, sich der Ehre bewußt zu sein, den Danebrog in „alldänisches Land" tragen zu dürfen. Sie sollten es sich zur Aufgabe machen, alle guten Bürger zu schützen und ohne Rücksicht auf ihre eigene Sprache und Nationalität allen Behörden gegenüber höflich und taktvoll zu sein. Offenbar sind diese Ermahnungen dahin zu verstehen, daß auch die deutschen Minderheiten keinen Anlaß haben sollen, sich über irgendwelche Vergewaltigungen zu beklagen.

Im Gegensatz zu dieser platonischen Erklärung aber steht jedoch das Verhalten der alldänischen Kreise, die seit der erzwungenen Abdankung Zahles über die erste Zone hinaus eine wüste Agitation für den Anschluß an Dänemark entfalten, die auch den deutschen Arbeitern auf die Nerven zu fallen beginnt. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft Schleswigs protestierte denn auch in Flensburg durch Massenkundgebungen gegen die Propaganda für eine gewaltsame Länderverschiebung, wie sie die dänischen Chauvinisten durch ihren Antrag auf Annullierung der Abstimmung in der zweiten Zone und die Verlängerung ihrer Besetzung bezwecken. Sie faßte eine längere scharfe Entschließung, in der es heißt:

„Die aus Deutschen und Dänen bestehende sozialdemokratische Arbeiterschaft Nordschleswigs auf beiden Seiten der Grenze wird jedem, der es jetzt noch unternimmt, nationalen Haß, Länderhunger oder gewaltsame Grenzverschiebung zu predigen, rücksichtslos und schonungslos entgegentreten. Jeder Versuch, hier einen internationalen Staat zu schaffen, wird mit allen Mitteln von allen Sozialdemokraten und der gesamten Arbeiterschaft bekämpft werden. Die, die es angeht, seien gewarnt. Zur Befreiung der Völker an der deutsch-dänischen Grenze von unnützer Qual und wirtschaftlicher Verelendung fordern wir vom Obersten Rat der Entente die schnellste endgültige Festlegung der neuen Grenze mit dem Rufe: Macht ein Ende, ein Ende, ein Ende!"

Bisher hatten die dänischen Chauvinisten auch mit ihren übertriebenen, sinnlosen Forderungen wenig Glück bei der Entente. Sie wurden bis jetzt stets glatt abgewiesen. Trotzdem darf aber die deutsche Regierung nicht ablassen, diesem Gebiet ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen, wenn sie vor Ueberraschungen sicher sein will. Besonders in den nächsten Tagen ist ein Anwachsen der annexionistischen Stimmung in Dänemark zu befürchten, da die Dänen im Begriff sind, ihren Gewinn aus der ersten Abstimmung durch die Besetzung der ersten Zone zu sichern. Die militärische Besetzung dieses Abstimmungsgebietes soll bereits heute Mittwoch erfolgen, während die Besetzung der Verwaltungsbehörden zwar gleichfalls beginnen, aber erst allmählich durchgeführt werden soll.

Ueber diese letzte Frage haben sich bereits Unstimmigkeiten ergeben, die ihrer Regelung noch harren. Die dänische Regierung hat der deutschen mitgeteilt, sie wolle die höheren Beamten in allen Verwaltungszweigen (Post, Telegraph, Telephon, Eisenbahn, Justiz usw.) mit alleiniger Ausnahme der Zollverwaltung durch eigene Beamten ersetzen, sie sei jedoch bereit, die gesamte Zivilverwaltung zu übernehmen, falls die deutsche Regierung alle ihre Beamten zurückziehen wolle. Als Antwort hierauf ist am 3. Mai in Flensburg durch den deutschen Vertreter eine Note überreicht worden, worin die Einbeziehung der Richter unter den Begriff Verwaltungsbehörde als gegen den Wortlaut des Artikels 109 des Friedensvertrages verstoßend abgelehnt wird. Die deutschen Richter werden also weiter in Funktion bleiben müssen, während die deutsche Regierung von dem dänischen Anerbieten Gebrauch macht und die eigentlichen Verwaltungsbeamten sämtlich, also nicht nur die höheren, ihre Tätigkeit mit dem Tage der Uebernahme der betreffenden Verwaltungszweige durch die Dänen einstellen läßt.

Der grundsätzliche Standpunkt der deutschen Antwortnote ist der, daß in der Uebernahme der Verwaltung der ersten Zone keineswegs eine Uebertragung der Hoheitsrechte an Dänemark zu erblicken ist, sondern daß die dänischen Beamten lediglich als gleichzeitige Organe der Internationalen Kommission fungieren. Zollverwaltung und Währung bleiben unverändert deutsch als Ausdruck der durch die Besetzung nicht berührten deutschen Souveränität.

*

Das neue dänische Ministerium

Staatsminister Friis wiederholte, wie das Wolff-Bureau aus Kopenhagen meldet, dem König seine Erklärung, jetzt zurücktreten zu wollen, nachdem das politische Ergebnis der Wahl bekanntgeworden sei. Der König gab dazu sein Einverständnis und gleichzeitig seine Zustimmung zu der folgenden neuen Ministerliste: Ministerpräsident Neergaard, Minister des Aeußeren Gesandter Scavenius, Kirchenminister früherer Minister Brontsen, Innenminister früherer Minister Sigurd Berg, Unterrichtsminister früherer Minister Appelbom, Verkehrsminister Direktor Siebsager, Justizminister Landrichter Rytter, Landwirtschaftsminister Madsen-Mygdal, Handelsminister Großkaufmann Tuge-Rothe.

Botschafter für Berlin

Der „Temps" bestätigt, daß der Ministerialdirektor Maurice Herbette zum Botschafter in Berlin in Aussicht genommen worden ist; und daß England, Italien und Frankreich die Absicht haben, kurz nach den Reichstagswahlen in Berlin Botschafter zu ernennen.

Amerikas Ablehnung

Rotterdam, 5. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die „Westminster Gazette" erfährt, daß der amerikanische Staatssekretär Colby den Alliierten zur Kenntnis brachte, daß eine Annahme des Versailler Vertrages im amerikanischen Staat nicht mehr zu erwarten sei. Die „Westminster Gazette" hält damit den Moment für die Revision des Versailler Vertrages für nahegerückt.

*

Frankreich gegen jede Milderung

Rotterdam, 5. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die „Times" melden aus Paris: Der Alliiertenrat hat am Sonntag zwei Sitzungen abgehalten. Es lagen der Bericht der Wiedergutmachungskommission vor. Mit Ausnahme Frankreichs sind die Alliierten bereit, die Wiedergutmachungsforderungen an Deutschland entsprechend herabzusetzen. Die französischen Delegierten behielten sich neue Instruktionen ihrer Regierung vor, weshalb ein Beschluß in der Sonntagssitzung abgesetzt wurde.

Genf, 5. Mai. (Eig. Drahtbericht.) In der Sitzung der Kammer, bevor sich diese bis zum 19. Mai vertagte, sprach Millerand nochmals über den Versailler Friedensvertrag. Der Ministerpräsident beklagte vor allem die Nichterfüllung verschiedener Vertragsbedingungen durch Deutschland. Auch den guten Willen, so führte er weiter aus, sehe er noch nicht. Jedenfalls sei, solange dieser vertragswidrige Zustand andauere, die Räumung Frankfurts a. M. für Frankreich undiskutabel.

*

Vorberatungen für Spa

Rotterdam, 5. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Wie aus London gemeldet wird, ist es noch zweifelhaft, ob Millerand, wie von einem Teil der Pariser Presse betont wird, in der nächsten Woche nach London kommen wird, um mit Lloyd George über das Programm der Konferenz von Spa zu beraten. Es wird darauf hingewiesen, daß der englische Premierminister vorläufig krank sei und daß es fraglich erscheine, ob er in der nächsten Woche so weit wiederhergestellt sei, daß er seinen französischen Kollegen empfangen kann. Die Presse betont jedoch die Notwendigkeit mündlicher Besprechungen, damit man nicht wieder mit einem widersprechenden Programm auf der Konferenz erscheine, wie es in San Remo der Fall war.

*

Die Vertreter der Entente in Spa

Genf, 5. Mai. (Eig. Drahtbericht.) „Petit Journal" teilt mit, daß Marschall Foch den Beratungen in Spa beiwohnen werde. Der „Temps" schreibt, auch Poincaré werde als Vorsitzender der Wiedergutmachungskommission in Spa erscheinen und damit beweisen, daß Frankreich nicht gesonnen sei, seine Vertragsrechte preisgegeben.

Paris, 5. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps" meldet aus Rom: Die „Tribuna" erklärt, daß es noch nicht sicher sei, ob Nitti sich nach Spa begeben werde. Nitti hat den Minister des Aeußern beauftragt, Italien auf der Konferenz zu vertreten. Millerand soll jedoch darauf gedrungen haben, daß Nitti anwesend sei.

Rotterdam, 5. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Reuter meldet: An der Konferenz in Spa, zu der die Deutschen eingeladen wurden, nehmen außer Lloyd George der Kriegsminister Churchill, Vertreter der Admiralität und des englischen Wirtschaftsamtes teil. Die Besprechungen werden drei bis vier Tage dauern. Ihnen liegen formulierte Anträge der Alliierten noch nicht vor.

*

Mindestens 100 Milliarden Goldmark

Das Wolff-Bureau meldet aus Paris: Der ehemalige Präsident der Republik, Poincaré, erörtert in einem Artikel im „Matin" die Frage, ob die Festsetzung der deutschen Schuld von Frankreich angenommen werden könne. Deutschland befinde sich wirtschaftlich in dem kritischsten Zeitabschnitt seiner Geschichte. Es werde sich aber wieder erheben, weil es bewundernswürdige Qualität der Arbeiten und Disziplin habe und gleichzeitig auch ein starkes nationales Gefühl. Die Grundsätze, die in den Artikeln 233 und folgende festgesetzt seien, widersprächen dem System der Festlegung, das 1919 abgelehnt worden sei. Heute darauf zurückzukommen, bedeute eine Abänderung des Vertrages, der von den Kammern angenommen und dadurch ein Staatsgesetz geworden sei, das nicht ohne das Parlament abgeändert werden könne. Auf alle Fälle aber könne man bei einer Festsetzung der Schuld nicht unter den Betrag heruntergehen, den einige der französischen Alliierten in früheren Unterhandlungen genannt hätten. Der § 12 des Anhang 2 setzte tatsächlich fest, daß Deutschland sofort 20 Milliarden zu zahlen hätte, und 40 Milliarden Goldmark in Bonds sowie gleichzeitig die Verpflichtung übernehmen müsse, eine neue Emission vorzunehmen, wenn die Wiedergutmachungskommission dies beschließe, und zwar handele es sich auch hier um 40 Milliarden Goldmark. Deutschland habe also den Alliierten eine Mindestsumme von 100 Milliarden Goldmark versprochen, ohne späteren Festsetzungen vorzugreifen. Von diesen 100 Milliarden seien 60 sofort fällig. Es sei sicher erlaubt, erneut nach einer Zahlungsweise zu suchen, wie etwa folgenden Jahresraten, indem man sich die endgültige Festsetzung vorbehalte, nehme man besser auf die augenblickliche Lage Deutschlands Rücksicht. Man könne ihm auch durch Anleihen helfen, sich wieder aufzurichten, seine Schuld gegen Frankreich zu begleichen und auch seine Schulden bei den Neutralen zu bezahlen. Frankreich wünsche ebenso wie seine Verbündeten, daß Deutschland sich wirtschaftlich wieder erhebe.

*

Die Beratungen über die Schiffsabgabe

Paris, 5. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Dem „Temps" wird aus London berichtet: Die deutsche Delegation unter Führung von Dr. Seeliger wird heute nachmittag hier erwartet. Sie besteht aus 14 Personen, von denen zwei Drittel Regierungsvertreter sind; die übrigen Teilnehmer setzen sich aus Vertretern der großen deutschen Schiffahrtsgesellschaften zusammen. Die Beratungen der Abordnung werden einige Tage dauern und folgende Forderungen des Friedensvertrages behandeln: Auslieferung der deutschen Segelschiffe und der Hälfte der deutschen Schiffe von 1000 bis 1600 Tonnen, Auslieferung des Hafenmaterials und der Schwimmdocks als Ersatz für die bei Scapa Flow versenkten Kriegsschiffe und Lieferung von 200 000 Tonnen neuer Tonnage während der nächsten fünf dem Friedensschluß folgenden Jahre.

Neue Ausschreitungen in Oppeln

Kattowitz, 5. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Durch die wüsten Hetzereien der beiden in dem gleichen Verlag in Oppeln erscheinenden polnischen Blätter erregt, zog gestern nachmittag eine große Menschenmenge vor das Druckereigebäude des polnischen Verlages und zerstörte, wie die „Oberschlesische Morgenzeitung" meldet, sämtliche Druckmaschinen, das Schriftenmaterial und die Papiervorräte. Als die Sicherheitspolizei erschien, war das Zerstörungswerk bereits vollendet. In der Druckerei wurden Gewehre und Munition vorgefunden. In den Nachmittagsstunden kam es zu weiteren Ausschreitungen gegen polnische Bewohner. In einer abends stattgefundenen Besprechung aller deutschen politischen Parteien wurden die Ausschreitungen lebhaft bedauert, doch betonte man, daß sie durch die außerordentliche Provokation der Polen in der letzten Zeit hervorgerufen worden seien.

*

Die Beweise für die polnischen Umsturzpläne

Das Wolff-Bureau meldet: In der Angelegenheit der bereits bekannten polnischen Putschpläne in Oberschlesien ist der interalliierten Kommission in Oppeln eine Note überreicht worden, in der die deutsche Regierung unter Beifügung von sieben Photographien der Originalbefehle und sieben Uebersetzungen der Dokumente den einwandfreien Nachweis der polnischen Umsturzpläne liefert. Die deutsche Regierung ersucht schließlich die interalliierte Kommission, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die aufrührerischen polnischen Organisationen in Oberschlesien aufzuheben und sämtliche damit in Verbindung getretenen Leute des Landes zu verweisen.

Günstige Aussichten für den Eisenbahnverkehr

+ Berlin, 5. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Das Eisenbahnministerium hat in dem verflossenen Monat Erhebungen über das Akkordverfahren angestellt, und stellt fest, daß es sich ausgezeichnet bewährt habe. Da die Zahl der in Reparatur gebenden Maschinen die Zahl der ausgebesserten und aufgearbeiteten Lokomotiven erst gewaltig überstieg, ist jetzt damit zu rechnen, daß der Eisenbahnverkehr den an ihn gestellten Ansprüchen bald gerecht werden kann. Namentlich in den letzten beiden Monaten hat sich der Stand der betriebsfähigen Lokomotiven um rund 1100 Maschinen vermehrt. Im April konnten wöchentlich etwa 30 Lokomotiven mehr repariert werden, als beschädigte eingeliefert wurden. In Privatbetrieben werden durchschnittlich 40 bis 50 Lokomotiven in der Woche wiederhergestellt. Neue Maschinen werden jetzt durchschnittlich 40 wöchentlich geliefert.

*

Die Verreichlichung der Staatsbahnen

Nachdem das Gesetz betreffend den Staatsvertrag über den Uebergang der Staatseisenbahnen auf das Reich in Kraft getreten ist, übernimmt das Reichsverkehrsministerium mit dem 5. Mai d. J. die oberste Leitung der Reichseisenbahnen. Da nach dem Staatsvertrag die Uebernahme der im Reichsverkehrsministerium selbst zu bearbeitenden Angelegenheiten erst nach und nach und für alle Länder gleichmäßig bis 1. April 1921 erfolgen soll, bearbeiten bis dahin die mit Eisenbahnfragen befaßten Stellen der bisherigen landesstaatlichen Ministerien ihre bisherigen Geschäfte als Reichsbehörden weiter, und zwar unter den Bezeichnungen: Zweigstelle des Reichsverkehrsministeriums. Im Reichsverkehrsministerium selbst werden zunächst außer der obersten Aufsicht und Leitung und den wichtigsten Personalangelegenheiten nur die Geschäfte der obersten Betriebsleitung, die Aufstellung des Gesamtetats und die Organisationsangelegenheiten grundsätzlicher Art behandelt.

Die Leitsätze des Reichswehrministers

+ Berlin, 5. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Im Schloßpark Sieglitz sprach gestern Reichswehrminister Dr. Geßler. Unter anderm wünscht Dr. Geßler, allen deutschen Volksgenossen drei Sätze einzuprägen:

1. Das Bürgertum muß wissen, daß man nicht gegen und ohne die Arbeiter regieren kann.

2. Die Arbeiterschaft muß einsehen, daß sie ohne die Mitwirkung des Bürgertums scheitern muß. Es droht dann die Verelendung der Massen durch die Massen.

3. Stadt und Land sind aufeinander angewiesen und ebenso müssen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer näherkommen. Der Arbeitnehmer muß die Sorgen des Arbeitgebers kennenlernen und umgekehrt.

Minister Koch zu den verfrühten Wahlen

+ Berlin, 5. Mai. (Eig. Drahtbericht.) In einer vom demokratischen Volksverein einberufenen Wählerversammlung im Beethovensaal sprach gestern Reichsminister des Innern Koch und führte u. a. aus: Ich habe niemals eine Verantwortung weniger gern übernommen, als jetzt die dafür, daß die Wahlen schon im Juni stattfinden sollen. Das Schlimmste an der Verfrühung der Wahlen ist, daß wir genötigt sind, den ersten deutschen Reichstag als ein Rumpfparlament zusammentreten zu lassen. Ich habe mich zu dem Entschluß nur dadurch bestimmen lassen, daß die Gefahr weiterer Revolten auch jetzt noch nicht als abgewendet gelten kann.

*

Die Neuwahlen in Preußen

Berlin, 5. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Im preußischen Staatsministerium finden seit Mittwoch letzter Woche Beratungen über die Neuwahlen zur preußischen Landesversammlung statt. Die Neuwahlen sollen nach den bisherigen Erörterungen Anfang September stattfinden.

Belgrad

Von unserm Sonderberichterstatter auf dem Balkan.

Belgrad, Ende April 1920

Das Reisen nach dem Osten Europas ist zur Zeit noch mit Bitternis gewürzt. Die früher so glatten Orientexpreßzüge von Berlin über Wien, Budapest, Belgrad, Konstantinopel sind noch nicht im Betriebe. An ihre Stelle sind D-Züge getreten, die aber auch noch nicht durchlaufen. Man muß in Wien, in Budapest, in Belgrad langen Aufenthalt nehmen, und über Belgrad hinaus ist die Sachlage noch völlig ungeklärt. Dazu erschweren die Scherereien an den Grenzen noch ungemein das Reisen. Wer es nicht nötig hat, der verschiebe vorläufig noch seinen Tatendrang. Der Osten reist zur Zeit zu stark zu Aventuren, und der Kaufmann, der notwendig nach dem Osten reisen muß, wappne sich mit viel Zeit und mit viel Geld, denn es ist schrecklich langweilig hier draußen, was den Verkehr betrifft, und schrecklich teuer, was das Leben anbelangt. Mit der österreichischen und ungarischen Valuta kommt man ja, trotz der ungeheuren Teuerung in Wien und Budapest, noch leidlich aus. Auch Kroatien und Slowenien, wo bis auf weiteres, vielleicht noch auf einige Monate, die alte österreichische Kronenwährung aufrechterhalten wird. Die südslawischen Kronen freilich — ich meine die jetzt in Kroatien und Slowenien umlaufenden ehemalig österreichischen Kronen — sind mit Marken versehen worden und gestempelt und haben dadurch an Valutawert gewonnen. Aber bei den verhältnismäßig billigen Lebensverhältnissen in Agram und Laibach und bei der ungewöhnlich guten Verpflegung — es gibt alle Herrlichkeiten, die sich nur ein spitzer Mund wünschen kann, von der Schlagsahne über die herrliche Landwurst und das echte Pilsner Bier bis zum saftigsten und vierdimensionalen Filet — ist die Mark, ungefähr zwei Kronen zahlend, ein gutes Zahlungsmittel.

Anders ist es schon hier in Belgrad, wo der Dinar Zahlungsmittel ist, der im Frieden nur eine Krone gleich achtzig Pfennig wert war, der aber jetzt fast zwei Mark kostet. Hat der Deutsche hier also schon bedeutende Kaufverluste, so werden die Ausgaben noch gesteigert durch rein märchenhafte Preise, namentlich für die Unterkunft. Man muß, wenn man überhaupt unterkommt, damit rechnen, daß man täglich bei allerbescheidensten Verhältnissen sechzig Mark, bei gepflegteren hundert bis zweihundert Mark für ein Zimmer zahlen muß. Im allgemeinen ist man sogar auf Massenquartiere angewiesen, weil die Zerstörungen durch den Krieg und der massenweise Zuzug von russischen Flüchtlingen, auch die schon beträchtlich einsetzende Orientierung der internationalen Kaufmannschaft die Wohnungsgelegenheiten sehr belasten. Ansonsten freilich lebt es sich gut in Belgrad. Das Tschewetsch und die Tschewapitschitsch sind noch genau so fett wie im Frieden, und der prächtige Sowinerwein ist genau noch so verführerisch goldgelb wie früher. Es herrschte starke Vorliebe in Südslawien für deutsche Waren, ein wahrer Heißhunger; aber die hohen Preise in Deutschland, der Mangel an den wichtigsten Waren der Eisenindustrie, der Glasfabrikation, der Maschinenfabrikation, die ungemein schwierigen Transportverhältnisse und die bureaukratischen Erschwernisse mit den Ein- und Ausfuhrerlaubnisscheinen hindern vorläufig noch ein befriedigendes Geschäftsleben. Dazu laufen die Briefe mehr als vierzehn Tage, oft Monate. Vielleicht wird dem Abhilfe geschaffen durch die neuerdings wiederaufgenommenen diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Südslawien. Der südslawische Geschäftsträger reist schon dieser Tage nach Berlin ab, um seine Tätigkeit zu beginnen. Da Herr Rajko Vinderwitsch aus der Konsulatslaufbahn entnommen ist — er war zuletzt Direktor der Konsularhandelsabteilung im Belgrader Ministerium des Aeußern, zuvor Generalkonsul in Saloniki und Budapest — dürfte ihm vor allem das wirtschaftliche Interesse der beiden Staaten am Herzen liegen.

Auch auf der Donau liegen zur Zeit die Verhältnisse noch im argen. Die noch nicht geklärten Besitzverhältnisse zwischen Tschechien, Südslawien, Oesterreich und Ungarn wegen der einzelnen der früheren Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft gehörenden Schiffe lassen es noch nicht zu einem regelmäßigen Verkehr kommen. Im allgemeinen wird der Personenverkehr und der Warentransport auf der Donau noch rein lokal, d. h. nur innerhalb der Gebietsteile jedes Staates betrieben. Immerhin wurden neuerdings schon Abmachungen getroffen zwischen den größeren Gesellschaften auf der Donau — darunter dem Süddeutschen Lloyd —, die sich auf einen regelmäßigen Verkehr zwischen Rumänien, Serbien, Ungarn, Oesterreich und Deutschland beziehen. Aber auch hier wird der Personenverkehr nur nebenbei durch Frachtschiffe versehen.

Ich enthalte mich, Details über Reisegelegenheiten anzugeben, weil man dadurch nur irreführen kann. Es ist, wie gesagt, hier im Osten alles noch im Fluß und ändert sich von Tag zu Tag. Wer nach dem Osten reisen will, der gehe kurz zuvor — nicht lange vorher — an den zuständigen Stellen, etwa der „Mitropa" (Mitteleuropäisches Reisebureau), die ja in vielen Großstädten Filialen hat, und erkundige sich nach den jeweiligen Verhältnissen. Wegen Donaufahrten wende man sich an den Süddeutschen Lloyd. Als ich aus Berlin abfuhr, sagte mir die amtliche Stelle, wenn ich nach Belgrad wolle, sei es am besten, über Paris zu reisen. Es ist viel Wahres daran, weil von Paris über Triest—Agram ein sehr guter Ententezug läuft, der z. B. französische Zeitungen hierher in zwei bis drei Tagen bringt. Der Vorschlag hat nur das eine Bedenkliche: Wie kommt man nach Paris? Wenigstens war es zu meiner Zeit für gewöhnliche Sterbliche noch kaum möglich, nach Paris zu kommen. Aber es ist so nicht mehr so schlimm jetzt, wo heute über Prag, Wien, Graz, Agram nach Belgrad eine ganz angenehme und verhältnismäßig schnelle Verbindung für etwa vier Tagen kaum in Belgrad seind hergestellt ist.

Glück auf! für die Reise nach dem Osten. Und vergessen! Mir ging dabei mein Portefeuille „verloren". Es gibt auch auf dem Balkan Hände, die sich gern in fremde Taschen stecken.

Die österreichische Kriegsanleihe und das Ausland

Man schreibt uns aus Wien vom 2. Mai:

In der Nationalversammlung ist jetzt das sogenannte Kriegsanleihegesetz eingebracht worden, das die Voraussetzungen für die Uebernahme der altösterreichischen Kriegsanleiheschuld durch die Republik Oesterreich festsetzt. Da derartige Titres auch im Besitze Reichsdeutscher sich befinden, sei

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200506/1